

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Zustellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Postband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Japanische Listen die achtjährig. Nonparilligkeit über dem Namen 80 Pf. „Klein-Zeitung“ das höchste Wort 40 Pf. Jedes weitere Wort 20 Pf. Lesungszuschlag 10 %. Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen (20) der Zuschlag fest. Insekte für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Gesamtsprecher: Hans Reichen 2895 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Gesamtsprecher: Hans Reichen 9768.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Beginn der Friedensverhandlungen.

Beginn am 25. April.

Paris, 14. April. (Reuters.)

Bilson erklärte, daß die deutschen Bevollmächtigten für den 25. April nach Versailles eingeladen würden, um dort mit den Vertretern der Alliierten zusammenzukommen.

Die denaturierte Malfest.

Die Regierung hat bekanntlich in der Nationalversammlung den Antrag eingebracht, den 1. Mai als Nationalfeiertag zu erklären. Der „Vorwärts“ war auf diese Tat unseiner stolz, sah darin einen Beweis, wie unendlich viel sich in Deutschland seit dem 9. November geändert habe. Und als die Deutsche Nationalversammlung die Malfest abgelehnt hatte, verkündete er drohend, Reichsrecht bricht durch.

Aber auch die bürgerlichen Parteien in der Nationalversammlung wollen vom proletarischen Festtag nichts wissen. Demokraten und Zentrum verhielten sich ablehnend, und so begannen die Regierungsozialisten, wie immer, sich vor den bürgerlichen Parteien nach rückwärts zu konzentrieren. Es wurde langsam gehandelt und kompromittiert. Scheidemann kam in die Sitzung der rechtssozialistischen Fraktion und beschwor seine Gefolgschaft, ja nicht Unreinheit in die Mehrheit zu bringen. Er behauptete die Demokraten, und schließlich einigte man sich, zwar dieses eine Mal den 1. Mai zu feiern, aber ihn — durch Parlamentsbeschluss natürlich — keines proletarischen Charakteres zu entkleiden. Nachsozialisten und Demokraten wollen also folgenden „Entwurf eines Gesetzes über einen allgemeinen Feiertag“ einbringen:

Es wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, der dem Gedächtnis der Weltkriegs- und des internationalen Arbeiterkampfes gewidmet ist und für den der Charakter eines Weltfeiertags erstrebt wird. Seine endgültige Festlegung erfolgt nach Friedensschluss und Verabschiedung der Verfassung. In diesem Jahre wird er am 1. Mai gefeiert, zugleich als eine Volkshandlung für politische und soziale Fortschritte, für einen gerechten Frieden, für sofortige Befreiung der Kriegesgefangenen, für die Räumung der besetzten Gebiete und für volle Gleichberechtigung im Völkerverband. Der 1. Mai 1919 gilt im Sinne reichs- und landesgesetzlicher Vorschriften als allgemeiner Feiertag.

Es ist natürlich eine lächerliche Einbildung der Regierung der Nationalversammlung, daß sie das gesamte darüber zu bestimmen habe, welchen Sinn das Proletariat mit seiner Malfest verbindet. Aus der proletarischen Welt demonstration für die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus soll eine verwackelte Fortschrittstheorie werden und eine mehr nationalistische als sozialistische Grundlegung gegen die Entente. Es heißt nämlich nur, daß man gesetzlich bestimmt daß die Feiertage für die Anwerbung von Freiwilligen benützt werden.

Es ist nichts würdig, daß die rechtssozialistische Fraktion sich zur völligen Preisgabe des Ideengebhalts der Malfest verstanden hat und nicht so viel Würde aufgebracht hat, es auf die Ablehnung des Antrags ankommen zu lassen. Die Malfest natürlich die Klärung, die auch bei dem letzten ihrer Anhänger die Zustimmung bewirkt hätte.

Zugleich ist auch dieser Vorgang ungeheurer Charakteristik für die wirklichen Machtverhältnisse innerhalb der Regierung. Wenn die bürgerlichen Regierungsparteien schon in solch einer rein ideellen Frage solche Widerstände leisten und die Regierungsozialisten zur Nachgiebigkeit zwingen, kann man sich leicht vorstellen, wie stark und für Rechtssozialisten unüberwindlich erst ihr Widerstand in allen materiellen Fragen wird. Diese Partei beweist nur wiederum, wie die Arbeiter von dieser Koalitionsregierung, deren sogenannte sozialistische Minister die Befehle der bürgerlichen Parteien sind, nichts zu erwarten haben.

Für uns aber wird natürlich dieser Vorgang nur ein neuer Ansporn sein, die Malfest in größtem Umfang und in proletarischem Geiste zu begehen. Wir greifen auf den Beschluss der Nationalversammlung. Es ist uns ganz gleichgültig, was dort auf gebildetes Papier geschrieben wird. Die Feiertage am 1. Mai haben wir beschlossen, und wir führen unsere

Beschlüsse durch. In Massen wird sich das Proletariat versammeln, allgemein wird die Arbeitsruhe sein, und wir werden demonstrieren, im Geiste verbunden mit dem ganzen Weltproletariat für den sozialistischen Völkerverband, der allein den wahren Frieden der Völker und die Ueberwindung des Kapitalismus bringen kann.

Ruhe in Sachsen.

In Dresden wie in Sachsen herrscht vollkommene Ruhe. Nirgends haben sich Zwischenfälle ereignet. Belagerungszustand und das Standrecht erweisen sich schon jetzt als vollkommen überflüssig.

Die Opfer der Dresdener Unruhen.

Dresden, 14. April.

Bei den Unruhen am Sonnabend sind zwei Personen getötet und zehn schwer verletzt worden. Die Leiche des ermordeten Ministers konnte bis jetzt nicht aufgefunden werden. Die von der Reichsregierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung entsandten Truppen sind eingetroffen und in der Umgebung von Dresden untergebracht worden. In Dresden herrscht heute vollkommene Ruhe.

Ein Aufruf der Unabhängigen Partei.

Leipzig, 14. April.

Der Landesrat der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Sachsens erläßt heute einen Aufruf an die Arbeiter und Parteigenossen, in dem der Regierung das Recht bestritten wird, wegen eines lokalen Vorganges zur Verhängung des Belagerungszustandes und des Standrechtes für Sachsen zu schreiten. Das deutsche Volk wird aufgefordert, gegen den Grenzschutz, gegen die Bewaffnung des Bürgertrums, gegen die Bildung weißer Garden, gegen die Verwendung von Truppen, gegen streikende Arbeiter, gegen den Belagerungszustand und die Entsendung von Roten Garden Protest zu erheben. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Sah! Euch nicht einschüchtern! Eure Stärke ist eure Arbeitskraft, aber die ihr selbst verflagen! Ruht! Ruhig Blut bewahren!“

Ein Ultimatum in Bremen.

Bremen, 14. April.

Die Vorstände der Unabhängigen und kommunistischen Partei haben der Bremer Regierung ein befristetes Ultimatum überreicht und folgende Forderungen aufgestellt:

1. Aufhebung des Belagerungszustandes, 2. Freilassung der in Haft befindlichen Kameraden Götts und Deetmann, 3. Entschädigung und Unterstützung der Revolutionsoffer vom 14. Februar durch den Staat, 4. Gleichstellung der Bevölkerung mit der Stadtwehr in der Lebensmittelversorgung, 5. Entlassung des Bürgertrums und Bewaffnung der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter, 6. Erhöhung der Entlohnung für die Arbeitlosen.

Das Mitbestimmungsrecht der Hausbeamten in Hamburg anerkannt.

Hamburg, 14. April.

Bei den Einigungsverhandlungen zwischen den Direktoren der hiesigen Banken und den Vertretern der Hausbeamtenverbände erklärte sich die Vertreter der Hamburger Bankleitung bereit, das Mitbestimmungsrecht der Angehörigen bei Entscheidungen und Entlassungen nach Rücksicht gewisser und unter Ausschaltung anderer in der Vereinbarung vom 24. Januar 1918 enthaltenen Bestimmungen mit auf wiederholte anzuerkennen. Die Parteien erklärten, für diese Vereinbarung in ihren Kreisen stehen zu wollen.

Massestreiks in Marseille.

Marseille, 16. April.

Aus Berichten des „Monter Progrès“ geht hervor, daß in Marseille seit mehreren Wochen Streiks herrschen, über die von der Zensur die Nachrichten unterdrückt wurden. Die Streiks händen nimmere vor der Beendigung. Nächsten Sonnabend soll in den Streikfragen, über die das Blatt nichts mitteilt, ein Schiedsspruch gefällt werden, dem sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterwerfen sollen. Die Schiffbauarbeiter, Metallarbeiter, und Hafenarbeiter haben sich die Entscheidung jedoch noch vorbehalten.

Die Schuldigen.

Von Rudolf Dreifisch.

Die Unabhängigen haben den Staatsgerichtshof gefordert, und deshalb begrüßen wir den Entwurf der Regierung, der die Errichtung eines solchen Tribunals vorsieht.

Aber wir geben uns keinen übertriebenen Erwartungen über die Arbeit dieses Apparates hin. Die Vorlage ist in manchen Punkten schwach, zaghaft und unzureichend, und was das Bedenklichste ist: sie sieht als Richter Personen aus den Kreisen vor, die bei der Rechtsprechung die nötige Rücksichtslosigkeit nicht aufbringen können, weil sie selbst an jenen Verfehlungen mitschuldig sind, über die sie zu Gericht sitzen sollen.

Ein Ausschuss der Nationalversammlung prüft die Akten, bezieht die Leute, denen der Prozeß gemacht werden soll. Der Gerichtshof selbst setzt sich aus einer Anzahl der höchsten Berufsrichter und wiederum von der Nationalversammlung gewählten Vorstehern zusammen.

Wer aber beherrscht das Parlament, das so einen maßgebenden Einfluß bei der Unterlegung sowohl wie beim Arbeitspruch erhält? Es sind dieselben Parteien, zum Teil mit etwas veränderten Namen, die während des Krieges die Politik der Regierung und der Oberbefehlshaber unterstützten und ihr die finanziellen und moralischen Rückendeckung gewährten, ohne die das Vorkriegsleben seinen Lauf nicht hätte nehmen können.

Wir denken dabei natürlich nicht nur an die bürgerlichen Gruppen, sondern auch an die Mehrheitssozialisten. Es gab während des Krieges außer den Unabhängigen keine Partei, die sich rühmen konnte, der verbrecherischen Politik der Reichsregierung einen einigermaßen ernstgemeinten Widerstand entgegenzusetzen.

Wollte man sich nicht soviel Schamgefühl aufbringen, nicht gerade die Herren von Brühe, Herzberger, Stresemann, von Beyer, Naumann, Scheidemann und David zu Richtern zu machen, oder aus Selbsthaltungstriebe wird man auch nicht solche Männer vorschlagen, die die Partei kompromittieren könnten, und jeder, der als Vertreter der Bürgerlichen oder der Mehrheitssozialisten in dem Gerichte sitzt, wird mißdeutet über die Chancen der Angeklagten denken, wenn er sich sagen mag, daß ein strenger Spruch seine eigenen Freunde und Anverwandten miterschleift.

Daran wird auch durch die Tatsache nichts geändert, daß der „Vorwärts“ jetzt mit größtem Nachdruck von dem Staatsgerichtshof ein schwaches und rücksichtsloses Vorgehen verlangt. Der Geheulwurf, so sagt er, ist viel zu milde. Es genüge nicht, die Uebertreter der öffentlichen Pflichtung preiszugeben, es müsse eine positive Strafe verhängt werden. Sie seien ungeschicklich zu machen und physisch so gut wie rechtlich durch die Aussonderung aus dem Volkskörper ungeschicklich zu machen. Dringender fordert das mehrheitssozialistische Organ, alle Schuldigen zu erfassen. Die Regierung „Schand am Ausbruch, an der Verlängerung, am Verlust des Krieges“ erweise zu mir, oder es müßte denn ausdrücklich gesagt werden, daß alle Militärverbrechen, alle Grausamkeiten, alle Uebertreter als Umstände anzusehen seien, die zur Verlängerung bzw. zum Verlust des Krieges beigetragen hätten. Das Blatt geht sogar noch weiter. Auch die Personen sollen zur Strafe gezogen werden, die mit den Mitteln der Zensur und der Preisgabe systematisch verhindert hätten, daß das deutsche Volk die Wahrheit erfährt, und nicht minder die, die in der Presse zum Krieg geholt und zu Verleugungen des Völkerrichts sowie zur Bergamattung anderer Nationen aufgefordert hätten.

In sich ist das ein ausgezeichnetes Programm, dem wir unsere Zustimmung ohne weiteres erteilen können. Aber ist das der „Vorwärts“ vollständig klar über das, was er will? Wir brauchen gar nicht so weit zu gehen wie er vorschlägt, denn schon wenn wir uns an den Wortlaut des Entwurfs halten, müssen die Freunde des „Vorwärts“ zittern. Zur Verlängerung des Krieges haben nicht nur die beigetragen, die sich unmittelbar einem Friedensschluß vor dem Sieg der deutschen Waffen widersetzen, sondern auch diejenigen, die der Regierung die Kriegskredite bewilligten und die Kriegs- und Siegestimmungen im Volk aufrechterhielten. Sie verhinderten die Einsicht der Massen. Sie unterdrückten deren Widerstand

gegen die Fortsetzung des rötlichen Spiels. Sie gewährten den mehr oder weniger genierten Gajarden die Möglichkeit, ihren Gelüsten freien Lauf zu lassen.

Zum mindesten seit dem Eingreifen Amerikas mußte es ihnen klar sein, daß an einen Triumph Deutschlands nicht mehr gedacht werden konnte, und daß die weitere Unterstützung der Regierung das Ringen nur verlängerte und die Katastrophe um so furchtbarer machte. Aber die Mehrheitssozialisten wichen nicht von ihrem Wege ab, sie waren die Gefangenen ihrer Politik, und Herr Scheidemann hatte von diesem Moment ab kein Recht mehr, den General Ludendorff des Vabanquspiels zu beschuldigen.

Sowohl hat die Sozialdemokratie Kritik geübt. Sie haben unbeschränkten U-Bootkrieg zunächst abgelehnt, sie hat Völkerrrechtsbrüche und Grausamkeiten gelegentlich verurteilt. Aber unter dem Vorwand, ihrem Land und ihrem Volk nicht schaden zu wollen, legte sie sich Jügel an, dämpfte und nuschelte und verurteilte sie diejenigen, die die Dinge beim rechten Namen nannten. Ist es notwendig, aus ihrer Presse jene Auslassungen zu zitieren, in denen die Verletzung der Neutralität Belgiens und die zahllosen anderen Verbrechen, die die Empörung der ganzen Kulturwelt erregten, entschuldigend oder rechtfertigend? Es gab keinen Uebergriff des Imperialismus, dem nicht Sozialdemokraten an hervorragender Stelle ihren Segen erteilt oder für den sie nicht wenigstens durch ihr Verhalten einen Teil der Verantwortung übernommen hätten.

Als sie an den Sieg nicht mehr glaubten, redeten sie vom Verständigungsfrieden. Die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk bewiesen, was der deutsche Militarismus unter einer Verständigung begriff. Die Mehrheitssozialisten haben nicht nur nicht gegen diese Verträge gestimmt, sie haben durch weitere Bewilligung der Kredite den Krieg noch über Brest hinaus verlängern und damit die Wut und die Rachsucht der Entente bis aufs äußerste antizipieren lassen.

Der „Vorwärts“ will gegen diejenigen vorgegangen wissen, die durch Anebelung der Presse dem Volke die Wahrheit vorenthielten. Nun, es gab außer der Presse noch das Parlament. Daß der Reichstag fast völlig ausgeschaltet wurde, schien den Scheidemann und Ebert kein Verbrechen am Volk, und indem sie diejenigen ihrer Parteigenossen, die der herrschenden Meinung zuwider die Wahrheit von der Tribüne aus verkünden wollten, aus der Fraktion hinaustrrieben, unterstützten sie das System des Luges und des Betruges, das später seine verhängnisvollen Früchte zeitigte.

Wir Unabhängigen können den Staatsgerichtshof fordern. Wir können ihn streng und scharf anbefehlen. Wir haben dazu ein moralisches Recht. Die Mehrheitssozialisten besitzen dieses Recht nicht, und wenn sie sich jetzt trotzdem so energisch gebärden, so merkt man gar zu deutlich die Absicht, die Spuren ihrer Mitschuld zu verwischen.

Was aber dem rigorosen Programm des „Vorwärts“ noch einen ganz besonderen Charakter verleiht, das ist, daß Herr Erich Kuttner, gerade Herr Erich Kuttner als sein Verfasser zeichnet. Man sieht sich an den Kopf, denn dieser Mann ist es gewesen, der wie wenige andere der Parteileitung und ihrer Politik den wertvollsten journalistischen Beistand geleistet hat.

Als der Krieg ausbrach, war er Redakteur an der „Chemnitzer Volksstimme“ und blies mit seinen Kollegen Kellmann und Roske dieselbe patriotische Trompete. Man hat nichts davon gehört, daß er die freimanteligen Versuche der Rechtfertigung der jetzt so scharf von ihm angegriffenen Zensur verurteilte. Wir kennen keine Zeile von ihm, in der er über die Verletzung der belgischen Neutralität das gesagt hätte, was ein Sozialist sagen muß. Er schwamm im Strome der vaterländischen Begeisterung, die die „Chemnitzer Volksstimme“ vor allen anderen sozialdemokratischen Organen auszeichnete, und noch vor seinem Meister ging er zum Hindenburg.

Nach seiner Rückkehr aus dem Feld trat er als geschickter Mitarbeiter Stampfers in die Redaktion des „Vorwärts“ ein, und der Chemnitzer haben wurde dort weitergesponnen.

Es hieße der Intelligenz des Herrn Kuttner zu nahe treten, wollte man annehmen, daß er während des Krieges nicht wenigstens in Unwissen die Wahrheit erkannt hätte. Er wollte sie nicht sehen. Er blieb in den Reihen der Leute, die bei den Untaten der Militärpartei Schmiere fanden. Daß er sich jetzt in der Rolle des übertragenden Gato gefällt, der dem Staatsgerichtshof das Bewissen schärfen will, könnte Geiterkeit erregen, wenn wir nicht auch bei ihm den Willen vermuten müßten, die Massen irrezuführen und über die schändliche Kriegspolitik der Mehrheitssozialisten durch wilde Deklamationen gegen die unmittelbar Schuldigen hinwegzutäuschen.

Zum Glück jedoch ist es für Mandat dieser Art zu spät. Man wird die Verantwortlichen im Lager der Mehrheitssozialisten nicht vor den Staatsgerichtshof ziehen, aber es hat sich schon ein anderes Gericht etabliert, das über sie mit derselben Strenge Urteil sprechen wird, die sie jetzt gegen die Ludendorff, Reventlow usw. fordern.

Kartoffeln oder Prellige?

Von G. von Gerlach.

Der Reichsernährungsminister hat kürzlich auf das Verlangen der Kartoffelkäufer „Wochen“ aufmerksam gemacht. Und jetzt verlangt offiziell bereits, daß dem Juni an es mit den Kartoffeln wohl gänzlich aus sein werde. Diesem Uebel kann auch die Entente nicht steuern, selbst wenn sie wollte. Sie verflut über einen Ueberfluß an Getreide, aber nicht an Kartoffeln.

Es gibt jedoch ein Land, das geradezu in Kartoffeln erstickt. Und dies Land ist uns sehr bequem gelegen. Es ist nämlich — Polen!

Die Polen haben sowohl in der Provinz Posen wie in Kongresspolen soviel Kartoffeln zur Verfügung, daß sie sie beim besten Willen nicht alle aufessen können. Die polnischen Landwirte sind in arger Sorge, daß ihnen mancher Nachfrager Hunderttausende von Rentnern verkaufen könnten. Sie würden sehr gern nach Deutschland verkaufen. Die Frage ist nur die, ob Deutschland bereit wäre, die polnische Leistung durch entsprechende Gegenleistungen zu erkaufen. Dazu sind Verhandlungen nötig. Zu ihnen scheint bisher auf unserer Seite keine Neigung zu bestehen. Wie den ersten Schritt tun? Es hätte ja unfer „Prellige“ darunter. Und Prellige ist doch wohl wichtiger als Kartoffeln. Oder etwa nicht?

Als ich Mitte Dezember mit den Ministern Sirich und Kraus in Polen war, wurde von polnischer Seite in An-

rezuna geachtet, von Polen aus mehr Kartoffeln zu liefern, als man verpflichtet sei, aber nur unter der Bedingung, daß diese Kartoffeln nach Oberschlesien ainaen und man von dort dafür Kohlen erhalte. Wir schien diese Anreize einen sehr schunden Kern zu enthalten. Konnte sie doch eine Interessengemeinschaft herstellen, die beiden Teilen von Nutzen war.

Ich unterbreitete den zuständigen Stellen bei uns den Vorschlag: Was die Provinz Posen über ihre vom Reichsernährungsamt festgesetzte Lieferungsverpflichtung hinaus an Kartoffeln erbringen kann, darf sie nach Oberschlesien abführen. Als Entgelt für diese Lieferungen erhält sie von Oberschlesien Kohlen. Es darf aber nur das an Kohlen nach Posen abgeführt werden, was die Durchschnittsförderung der letzten Monate übersteigt.

Dam ein solches Abkommen mit den Polen zustande, so hatten alle Beteiligten davon Vorteil: die Polen Posen bekamen Kohlen, die Polen und Deutschen Oberschlesiens bekamen Kartoffeln (aus dem Ueberfluß der polnischen Landwirte über ihre Lieferungsverpflichtung), das übrige Deutschland erhielt die Vorkriegslieferungen Polens garantiert, die polnischen Grubenarbeiter Oberschlesiens hatten ein lebhaftes Interesse an der Vermeidung von Streiks, was für die Kohlenversorgung Deutschlands von höchster Bedeutung war.

Das von mir auf Grund der polnischen Vorschläge angeregte Abkommen ist meines Wissens bei uns von den zuständigen Stellen nie ernsthaft erörtert worden.

Seit dem 1. Januar bekommen wir überhaupt keine Kartoffeln mehr aus dem von den Polen besetzten Teile der Provinz Posen. Längere Zeit wurde überhaupt nicht mehr mit den Polen verhandelt. Sie aelten ja als „Rebellen“ und „Hochverräter“. Später fand eine Verhandlung unter dem Vorsitz des exreaktionären Unterstaatssekretärs Seinerich statt. Ergebnis — Null! Um das „Breitste“ zu wahren, wurde nämlich von deutscher Seite verlangt, daß erst alle bewaffneten Polen Posen zu verlassen hätten, ehe man sich über die Auslieferung der Getreide und alle sonstigen schwebenden Fragen verständigen könne. Natürlich drohten die Polen nicht daran, einen solchen Diktatfrieden anzuerkennen. Der „Ariete“ ging weiter, bis, was jeder wirkliche Sozialistener voraussehen mußte, die Entente einarrick und uns eine sehr viel unangünstigere Demarkationslinie aufzwang, als wir durch freie Vereinbarung mit den Polen hätten erreichen können. Aber wieder ließ man sich von der Entente das Schlechtere aufzwingen, als daß man mit den Polen über das Bessere verhandelte. Das geleierte wohl so der „nationale“ Ehrenlober, der mir immer so unverständlich geblieben ist wie der Quellsoder der „Satisfaktionsfabrikan“.

Wie ich von unternichteter deutscher Seite höre, bestände in Warschau Geneigtheit, mit der deutschen Regierung über gegenseitige Lieferungen zu verhandeln. Die Polen haben nicht bloß Waffen von Kartoffeln, sondern auch Eier und aaltisches Erdöl abzugeben. Natürlich müßten wir uns auf den Standpunkt stellen, die Polen als aalechberedigte Macht anzuerkennen. Geden wir unter dieser Voraussetzung den Polen zu erkennen, daß wir zu Verhandlungen bereit sind, so besteht nach meinen Informationen kein Zweifel, daß Warschau und Posen nicht wein laagen werden.

Und daß wir auf diese Weise um die Kartoffellosen Wochen herumkommen werden! Ein Ziel, das mir wacklerer scheint als die Wahrung des „Breitste“ im Sinne unserer alten nationalsozialistischen Staatsmänner und ihrer mit allerlei vaterländischen Realitäten belasteten Nachfolger.

Zwei neue Verfügungen des Kultusministers.

Der Kultusminister erläßt zwei neue Verfügungen, von denen die eine die „leistungsfähigen Schulverbände“ anweist, verständigweise etliche öffentliche Volksschulen so einzurichten, daß auf jede ordentliche Lehrkraft bei mehrklassigen Schulen höchstens 40, bei einklassigen höchstens 50 Schulkinder entfallen. Diese Maßnahme soll die von der Staatsregierung angeordnete Reform des Schulwesens vorbereiten.

Die zweite Verfügung befaßt sich in Ergänzung des Erlasses vom 6. April d. J. mit dem Zusammenwirken der einzelnen Regierungen mit den Lehrerräten. Soweit Bezirkslehrerräte bestehen, sollen sie die Regierungen in allen allgemeinen Fragen des Schulwesens, insbesondere bei der Regelung der Dienst- und Rechtsverhältnisse der Lehrkräfte, durch Stellung von Anträgen, Erhaltung von Gutachten und tatsächlichen Mitteilungen beraten. Sie sollen Wünsche und Beschwerden der Lehrerschaft entgegennehmen und gegebenenfalls an die Regierungen weiterleiten. Sie sollen die Regierungen auf etwaige Mängel und Mischstände im Schulwesen ihres Bezirkes hinweisen, und sie sollen endlich den Regierungen auf deren Ersuchen Sachverständige für bestimmte Gebiete des Schulwesens vorschlagen. Auf Wunsch der Lehrerräte hat die Regierung zu den Beratungen der von den Lehrerräten gestellten Anträge deren Vertreter zuzuziehen. Die Regierungen sind berechtigt, zu den Sitzungen der Bezirkslehrerräte, deren Tagesordnungen jedesmal rechtzeitig vorher mitzuteilen sind, Beauftragte zwecks Teilnahme an der Beratung zu entsenden.

Auch diese Verfügung entscheidet die Frage der Lehrerräte nicht. In der vorliegenden Fassung baut sie lediglich das „Beschwörerecht“ der Lehrer ein wenig aus. Ein tatsächliches Recht gibt sie den Lehrern und den Lehrerräten nicht. Statt dessen gibt sie der Regierung das Recht, die Lehrerräte durch „Beauftragte“ in weitgehendem Maße zu kontrollieren.

Solche Verfügungen werden den Forderungen der Lehrer in keiner Weise gerecht. Die Lehrer verlangen nicht das Recht zu „beraten“, sie verlangen das Recht, mitzubestimmen. Eine Verfügung, die nur im allergeringsten die Frage der Lehrerräte lösen will, darf überhaupt nicht mehr beginnen mit dem Satz: „Soweit Bezirkslehrerräte bestehen“. Sie müßte lauten: „Nebenall sind Lehrerräte zu bilden“. Das wäre ein Anfang.

Waffenbeschlagnahme.

Bei dem Prinzen Heinrich von Preußen, der in Kemmelmarz in Holstein wohnt, wurden bei einer Hausdurchsuchung unter anderem 30 Infanteriegewehre, 30 Seitengewehre, eine große Menge Patronenpatronen, zwei Kisten mit je 25 Handgranaten, 4300 Schuß Geschossenmunition beschlagnahmt. Die Waffen sollen am 8. April nach Demmelmarz gebracht worden sein. Der Reichswehrrat

fordert zusammen mit diesen Gewehren eine Unterabteilung der Angelegenheit und ein Eingreifen durch Roske.

Die Reichswehrratisten scheinen Herrn Roske noch wenig zu kennen, den diesem Herrn wird es kaum einfallen, Träger der Waffen zu nehmen, geschweige denn gar die Prinzen. Von Herrn Roske in dieser Angelegenheit einzugreifen zu verlangen — das heißt wirklich den Kopf zum Laufen machen.

Eine Infamie.

Uns wird geschrieben:

Zur Zellengefangnis Roabit sind seit dem 1. Tag unmittelfar vor dem Eingange, per zu dem Gefängnis der politischen Gefangenen führt, die berüchtigt vom Ministerium herausgegebenen Pogromflugblätter ihren aufsteigenden Vibern an der Wand angebracht. Der in dem sich diese Flugblätter befinden, dient zum ständigen Entlast der mit der Bewachung der Gefangenen beauftragten Kleinhardttruppen, die dadurch offenbar in eine stärkere Verbitterung gegen die politischen Gefangenen angetrieben werden sollen. Bedeutet schon ohnehin die Besetzung des Gefängnisses durch die Kleinhardttruppen eine schwere Bedrohliche erhöht. Im Interesse der Gefangenen muß daher erneut mit der größten Entschiedenheit die Zurückziehung der Kleinhardttruppen aus dem Gefängnis gefordert werden.

Der aktive Unteroffizier.

Von einem Bochmeister der Schutztruppe wird uns geschrieben:

„Zu meiner größten Freude habe ich von dem Verfall Ihrer Montagnummer „Es dämmert“ durch Zufall Kenntnis nehmen können. Ich bin beglückt, zu sehen, daß Sie den geleitetem aktiven Unteroffizieren die ureigenste Jugendzeit mit dem Proletariat nicht absprechen.“

Der aktive Unteroffizier ist vom Volke und gebildetem Volke. Daran ändert auch die Tatsache nicht, daß er ein wertvolles Werkzeug der Ultramenschlichen gewesen ist. Nur dem dem Unteroffizier politisch die Augen geöffnet sind, sich des ärmsten der Proletarier ein üblicher Jagd gegen die alten Unterdrücker bemächtigen.

Der Unteroffizier hat gesehen, wie er betrogen und belogen worden ist, und zwar nicht nur von dem alten „gewollten“ Regime, sondern auch von der neuen „Medizin“. Beide haben ihm, genau sowohl wie Körperlich, kaum das Wichtigste gegönnt, denn bei beiden ist man als geborener noch lange kein Mensch; der Mensch beginnt dort erst als Offizier und ist selbst nur dann vollberechtigt und vollwertig, wenn er von namenhaftem Adel ist. Die für einen aktiven Menschen nichtsagende Proposition ist bei ihnen die treue Hand der um ihre heiligsten Rechte kämpfenden Arbeiter zu schlagen, denn wie bei Iesen, geht es um seiner Lieben Glück.“

Forderungen der deutschen Friedensgesellschaft.

Die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft hat lang, daß unüberzüglich eine Kommission eingesetzt werde, sämtliche in deutschen Archiven befindliche Urkunden, die die Entstehung und Verlängerung des Krieges angeht, zu untersuchen und zu veröffentlichen. Diese Kommission ist aus Vertretern der deutschen Friedensgesellschaft, aus Persönlichkeiten neutraler Staaten gebildet und unabhängig, deren Einsetzung von der deutschen Regierung zu verlangen ist, und welche die Frage der Schuld aller Kriegsverursacher am Kriege zu untersuchen hätte.

Soweit Personen in Deutschland schon auf Grund der deutschen Seite angestellten Erhebungen für schuldig erwiesen worden, sind sie alsbald unmaßsächlich in einem öffentlichen Verfahren zur Verantwortung zu ziehen.

Die Deutsche Friedensgesellschaft fordert die Regierungen der freigelebten Länder auf, im Interesse eines dauerhaften und gerechten Friedens an ihre Regierungen eine in gleicher Weise gehaltene Forderung zu stellen.

Anschluß Augsburg an die alte bayerische Regierung.

L. H. Augsburg, 15. März. Gestern vormittag ist der Stadthauptmann Edelmann an einer Abordnung, gemischt aus Arbeiter- und Soldatenvertretern bürgerlichen Parteien nach Bamberg gereist, um dem dortigen Präsidenten Hoffmann offiziell den Anschluß Augsburgs an die alte bayerische Regierung kundzutun.

Gärung in Italien.

In Mailand und der ganzen Lombardie fanden sozialistische Versammlungen statt, wobei es in Mailand bestigen Zusammenstößen zwischen einer vieltausendköpfigen Menge und der Polizei kam, die in einem Handstreich wurde, auf die Menge schoß und später von den Soldaten erschossen wurde. Der größte Teil des Berichtes über den Vorgang in „Quanti“ und „Secolo“ von der Zensur gestrichen.

Die „Lohnbewegung“ der Eisenbahner.

Uns wird geschrieben: Seit einiger Zeit fällen die Spalten der bürgerlichen Presse geheimnisvolle Andeutungen, die die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, daß eine neue Lohnbewegung der Eisenbahner, der Beamten sowohl wie der Arbeiter, im Anzuge ist. Die „Volkshelmut“ brachte kurz nach Abbruch des Streiks die Mitteilung, daß die Preuß.-Hess. Vertrauensleute der Eisenbahnerforderung von 3,50 Mark Mindestlohn auf 4,50 Mark haben. Eine Funktionärkonferenz des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Berlin, nahm zu dieser Sache Stellung und es konnte einwandfrei festgestellt werden, daß obengenannter Verband nichts mit jenem Preislohn zu tun habe.

Es ist beglückend für die Stimmung, die unter den Vertrauensleuten herrscht, daß man an eine Erhöhung des Lohns vorerst gar nicht gedacht hat, sondern daß am 26. Februar von einer Ortsgruppe der Antrag auf Abschaffung der Lebensmittelpreise eingegangen war.

In einer Sitzung, die im Gewerkschaftshaus stattfand, der Reichswehrrat, Bezirksleiter Schulz mit, daß er ein schriftliches Schreiben dem Staatsministerium sowie dem Minister für öffentliche Arbeiten hat zusammentun lassen, bisher aber keine Antwort bekommen habe. Er führte aus, daß er die genannten Stellen nicht im Instanz damit gelassen habe, wenn es der Regierung nicht gelingt, die Lebensmittelpreise

haben, die Folge eine erhebliche Lohnminderung sein müßte. Er verlangte in seinem Schreiben, wie er erläutern ausführte, daß die ausländischen Lebensmittel ausschließlich an die vorzüglichsten Bedarfsstellen zu angemessenen Preisen verabfolgt werden dürfen, und daß der Staat die Differenz zu tragen habe.

Die Kontrolle, wor berechtigt ist und wer nicht, die Lebensmittel zu empfangen, soll ausgeübt werden, daß die Unternehmer und Arbeitslosen auf kurzfristige Anträge ausgeben, die von den bestehenden Betriebs- oder Arbeiterräten oder der Berufsorganisation gegengezeichnet werden müssen. Er fordert die schärfste Stellungnahme gegen das immer schamloser werdende Aufstreifen der Schleihändler. Unter Schleihändler versteht man nicht etwa die Arbeiter, die aus Land fahren, um ihren wöchentlichen Bedarf zu decken, sondern jene Schmarotzer am Volkserker, die die Dörfer heimsuchen, alles Greifbare aufkaufen und dann für teures Geld weitergeben. Wenn die Regierung einsehend wäre, könnten wir zu ganz anderen Ergebnissen kommen. Vor allen Dingen müßte man den Herren Gutsherren geduldig auf die Finger sehen, und wenn es not tut, auch mit Energie darauf klopfen. Wer dazu nicht wohl die Energie der Regierung nicht ausreicht, denn die braucht sie nur dazu, um die Arbeiter niederzuhalten.

Die Heße gegen die Kriegsbeschädigten.

Vom Vorstand des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten wird geschrieben:

In seinem Artikel vom 12. v. M. behauptet der „Vorwärts“, Kamerad Tiedt habe sich mit einigen Bestimmungsgenossen an der am 6. Januar stattgefundenen Demonstration beteiligt, um die sozialistischen Parteimitglieder hinter einem Schutzwall von Kriegsbeschädigten zu bergen und die Regierungstruppen mit dem Schuß zu bewachen, auf Kriegsbeschädigte geschossen zu haben. In dem Artikel vom 14. ist die Phantasie des „Vorwärts“-Schreibers noch viel blutrünstiger geworden, er malt folgendes abschließende Bild: „Arme Kriegsbeschädigte sollen zusammengeführt werden, damit man mit ihren Leichen spazierenfahren und das heftigste Schlagwort ausgeben könnte, die mehrheitlich sozialistische Regierung lasse auf Kriegsstrümpel schließen.“ Wir fragen: Sind schon jemals Menschen solcher bestialischer Verbrechen angeklagt worden, ohne daß der Ankläger es für nötig hält, auch nur den Schatten eines Beweises zu erbringen? Gernern diese Greuelgeschichten nicht lebhaft an die Lügenmärchen, die uns während des Krieges von den Feinden berichtet worden sind? Nun werden sie von einer gewissenlosen Presse gegen die eigenen Volksgenossen losgelassen.

Der „Vorwärts“-Redakteur Erich Kuttner hat an den im „Vorwärts“ genannten Bestimmungsgenossen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Reichsbundes teilgenommen, in denen die Demonstration vom 6. Januar besprochen worden ist. Er ist daher genau unerrichtet, daß Kamerad Tiedt und seine Bestimmungsgenossen niemals die ihnen jetzt vom „Vorwärts“ vorgeworfenen Schandthaten „im wesentlichen angestanden haben.“ Wir weisen ferner, daß ihnen solche Vorwürfe überhaupt nicht gemacht worden sind, daß sich die Debatte nur darauf erstreckte, inwiefern sie durch ihre Teilnahme an der Demonstration, zu der nicht nur die Partei Mitwirkende, sondern auch die U. S. P. D. und die Vertrauensleute in den Großbetrieben aufgerufen hatten, gegen den § 2 der Bundesverfassung verstoßen hätten. Kuttner ist ferner bekannt, daß die im „Vorwärts“ genannten Bestimmungsgenossen des Kameraden Tiedt keine Sozialisten sind, er weiß, daß sie noch heute an der Spitze der Groß-Berliner Ortsgruppe des Reichsbundes stehen. Es sind die Kameraden Stephan und Bader, die als aufrechte Menschen zu den Sozialisten, die sie genau so treffen, wie uns, nicht sprechen und die von uns über die erwähnten Sühnungen gemachten Angaben voll bestätigen werden. Bezüglich denn Kuttner nicht, daß er bei seinen Ausfällen gegen uns wie ein Elefant im Porzellanladen hinhinkt; er will den Gegner treffen und schlägt dabei los auf die Mitglieder seiner Organisation. Wir fordern vom „Vorwärts“ die Veröffentlichung der über die erwähnten Sühnungen vom Reichsbundsvorstand aufgenommenen Sitzungsprotokolle. Sie werden einwandfrei ergeben, daß die vom „Vorwärts“ gegen uns erhobenen Anklagen glatt erfunden sind. Sie werden aber auch noch etwas anderes ergeben: in jenen Sühnungen ist auch über den Fall des „Vorwärts“-Redakteurs Kuttner verhandelt, der nicht, wie Kamerad Tiedt und seine „Bestimmungsgenossen“ friedlich demonstriert hat, sondern, der mit der Waffe in der Hand zusammen mit den Offizieren, Studenten und der Douceuristie sich bei der Reinheits-Garde bewilligte.

Der „Vorwärts“ behauptet ferner, daß er die für den 9. April von uns geplante Demonstration verweigert hat. Da wir uns erst am 5. u. an den Reichsbund wandten mit der Anfrage, ob er sich an der Kundgebung beteiligen wolle, kann für den 9. et. keine Demonstration beabsichtigt gewesen sein, denn der Anfrage, die erst am 7. u. an den Reichsbund gelangt ist, mußten bei gemeinschaftlicher Ausführung Verhandlungen folgen, so daß die Veranstaltung für den 9. ganz unmöglich war. Inwiefern ist uns von der Groß-Berliner Ortsgruppe des Reichsbundes eine zugehende Antwort auf unsere Anfrage zuteil geworden, so daß die geplante Kundgebung der Kriegsbeschädigten trotz aller Machinationen des „Vorwärts“ stattfinden wird. Selbstverständlich werden wir sie in der geplanten friedlichen Weise veranstalten, die den Parteimitgliedern keine Gelegenheit zum Eingreifen bietet. Diese zugehende Antwort der Berliner Ortsgruppe ist zugleich eine Abjage an den „Vorwärts“ und die von ihm betriebene Kampfmethode. Er sollte sich hüten, die durch die Lügenmärchen Greuelmärchen feinerzeit so unheimlich entsetzliche Pogromstimmung durch Erfindung neuer Schandgeschichten neu zu beleben.

Zu der in Nr. 175 der „Freiheit“ erschienenen Zuschrift des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten erhalten wir vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten folgende Beantwortung:

1. Es ist unklar, daß der Internationale Bund auf sein Angebot an uns, eine gemeinsame Demonstration zu veranstalten, keine Antwort erhalten hat. Die Antwort ist am gleichen Tage abgegangen, an welchem der Artikel in der „Freiheit“ erschien.
2. Die Belegungen des Reichsbundsvorstandes zum „Vorwärts“ sind nicht enger und nicht loser als zu irgendeinem anderen Berliner Blatt.
3. Wir treiben weder in der Bundesleitung noch in unseren Parteimitgliedern irgendwelche parteipolitische Schamfelle. Tatsache ist, daß dem Bund und seinen Instanzen Kameraden der verschiedensten parteipolitischen Richtungen angehören, weil sie erkannt haben, daß den Kriegsbeschädigten Einigkeit am meisten not tut. Unter den ausgeübten Funktionen befinden sich tatsächlich Demokraten, Rechtssozialisten und Unabhängige. Wir wollen das traurige Beispiel der Zersplitterung nicht auf unsere Bewegung übertragen.
4. Die Gründer des Reichsbundes waren nicht ausschließlich Kuttner und Stämper, sondern 21 Kameraden, die den verschiedensten Parteilagern angehören.
5. Wir sind gegen jeden parteipolitischen Mißbrauch unserer Kameraden. Zu einer Demonstration, die allen Kameraden die Teilnahme ermöglicht, sind wir jederzeit bereit.
6. Die Beantwortung, daß die Kriegsbeschädigten dem Reichsbund „massenhaft den Rücken kehren“ wird am besten durch die Tatsache bewiesen, daß unsere Organisation durchschnittlich 200 Ortsgruppen und 8000 Mitglieder im Monat gewinnt.

Seit der Gründung des ausgesprochen kommunistischen Internationalen Bundes hat das Wachstum unserer Organisation besonders stark zugenommen. In vier Monaten haben wir 120 000 Mitglieder gewonnen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebene.

Helft den Gefangenen!

Wir stellen erneut fest, daß die politischen Gefangenen in den Gefängnissen hungern. Die ihnen verabreichte Kost ist meist so ungenügend und minderwertig, daß sie allen Qualen des allmählichen Verhungerns ausgeliefert sind. Wenn keine Hilfe beschafft wird, müssen die vielen Hunderte politischen Gefangenen, die in den Kerker schmachten, elend zugrunde gehen.

Es ist Ehrenpflicht der Arbeiter, Pflicht jedes anständigen Menschen, den Opfern der Willkürherrschaft zu Hilfe zu kommen. Spenden an Geld und Lebensmitteln werden entgegengenommen von Rudolf Pudde, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, R.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III.

Es ist Vorsorge getroffen, daß die Spenden schnellstens den nothleidenden Gefangenen zugeführt werden.

Redaktion und Verlag „Freiheit“

Gewerkschaftliches.

Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter in Groß-Berlin.

Zwischen dem Magistrat der Stadt Berlin und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind die Richtlinien für einen neuen Tarifvertrag festgelegt worden. Dieser neue Vertrag baut sich auf den achtjährigen alten Vertrag auf mit einer vierstündigen Ruhepause. Die Stadt verpflichtet sich u. a. neben der Zahlung zeitgemäßer Löhne zu weitgehenden sozialen Leistungen: Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen bis 26 Wochen, bei Betriebsunfällen darüber hinaus, Gewährung von Erholungsurlaub bis zu 20 Werktagen, Ruhegeld bei dauernder Arbeitsunfähigkeit usw. Die Entlohnungen der vielfältigen Arbeiterkategorie sollen nach einem einfachen System erfolgen. Es sind drei Gruppen vorgesehen: Bureau- und Verwaltungsbedienstete, Antikais- und ähnliche Bedienstete, und sonstige Bedienstete, wie Werkleute usw. Die Dauer des Vertrages ist bis 1. Oktober, die des Lohnstarifs bis 1. Juli dieses Jahres vorgesehen. Sämtliche Parteien haben zugestimmt. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung ist ebenfalls mit ihrer Zustimmung schon beauftragt worden. Der Tarifvertrag gilt auch für die übrigen Gemeinden von Groß-Berlin.

Die Bewegung unter den Schneidern der Herrenmaß- und Uniformbranche.

In der am 11. April stattgefundenen Versammlung der Herrenmaß- und Uniformbranche wurde festgestellt, daß die Steuererhöhungen nurmehr auf 150 Prozent für die Stadt- und über 200 Prozent für die Tag- und Wochenarbeiter gestiegen sind. Diese Zulagen sind unzureichend. Es wurde daher folgender Aufruf an alle Mitglieder im Deutschen Reich beschlossen:

Die Versammlung nimmt den in Jena gefällten Schiedsspruch der Unparteilichen bezüglich der Gewährung einer weiteren Steuererhöhung an. Sie spricht jedoch aus, daß das System der Steuererhöhung nicht geeignet ist, eine grundlegende Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schneiderei herbeizuführen. Unser Programm: Abschaffung der Heimarbeit, Einführung von Betriebsverhältnissen mit Heilhöfen, volle Durchführung des 8-Stunden-Tages und die Durchführung der Kammerbeschlüsse zwingen uns, an die Mitglieder des Verbandes im ganzen Reich die Aufforderung zu richten, mit uns beim Hauptverband die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zu beantragen.

Als Tagesordnung schlagen wir vor: 1. Kündigung sämtlicher Tarife; 2. Abschluß von neuen Tarifen nur noch auf der Grundlage von Betriebsverhältnissen mit Heilhöfen; 3. Stellungnahme zur Sozialisierung in der Schneiderei; a) Vorkaufsanstalten; b) Privatindustrie; 4. Eingliederung der Betriebs- und Arbeiterräte als bestimmende Faktoren in der Schneiderei; 5. Änderung des Statuts im Sinne unserer Vorkämpfe.

Der Streik in der Kartonindustrie.

Die streikenden Kartonarbeiter und Arbeiterinnen hielten gestern im großen Saal der Armaturen eine überaus interessante Versammlung ab. Kollege Gregor gab den Bericht der Streikleitung. Die Unternehmer lehnen die Betriebsräte in der vorgeschlagenen Form ab. Ebenso wollen sie von der Abschaffung der Heimarbeit und Akkordarbeit nichts wissen, die Regelung der Beschäftigungsfrage selber übernehmen und sich auf nichts festlegen. Der 1. Mai soll nicht als Betriebskampf gelten, da diese Frage vorabständig geregelt wird. Die Forderung der Streikenden ist täglich gewachsen und beträgt jetzt 1200.

In der regen Diskussion schlug Kollege Saenel vor, die Akkordarbeit bestehen zu lassen, aber die Preise so zu bilden, daß die von uns vorgeschlagenen Löhne erreicht werden. Wenn die Unternehmer den 1. Mai als Betriebskampf nicht festgelegt haben wollen, dann setzen wir ihn eben ohne Genehmigung. Die Betriebsräte müssen unbedingt anerkannt werden. Solange es noch Arbeitslose gibt, soll man an der fünfständigen Arbeitszeit festhalten.

Die Versammlung beschloß, den Vorschlägen Saenels beizutreten und für Akkordarbeit Zuschläge auf die Lohnsätze von 1914 in Höhe von 200 bis 350 v. H. zu fordern. Ein Antrag, der die Angehörigen der Wellpapp- und Faltschachtelindustrie auffordert, nicht mehr für den alten Tarif der Lohnstände zu arbeiten, wird angenommen. Sofort beurteilt wurde das Verhalten des Verbandsbeamten Klar, der versucht, einen Teil in die Streikbewegung zu werben. Die Werkmeister der Branche stehen dem Streik sympathisch gegenüber.

Streik der Arbeiter in der Bürstenindustrie.

Die Arbeiter in der Bürstenindustrie Berlins stehen seit Monaten in einer Lohnbewegung, die jetzt zu einem Ausbruch geführt hat, nachdem die Unternehmer jede Verhandlung abgelehnt haben. Die Löhne, die in diesem Industriezweig bezahlt werden, sind derartig, daß es kaum möglich ist, davon zu existieren. Sie bleiben ganz gewaltig hinter den Löhnen der übrigen Berufsgruppen zurück. Außerdem mit der Unternehmernormanisation ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde, glaubt der größte Teil der Unternehmer auch weiterhin die Löhne „bestimmen“ zu können. Charakteristisch ist, daß der Tarifvertrag bereits zwei Monate vor der „stürmischen Revolution“ abgeschlossen

worden ist, der dann im Februar dieses Jahres zur Annahme gelangte.

Leider werden diese Unternehmer von den Staats- und Kommunalverwaltungen bei Vergebung der Arbeiten bevorzugt! Die Arbeiterchaft der Bürstenindustrie empfindet es bitter, daß die Arbeitervereine in Staats- und Stadtparlamenten die wirtschaftlichen Verträgen der Organisationen keinen schärfsten Nachdruck verleihen. Sie erwarten, daß alle in Frage kommenden Instanzen der Arbeiterchaft Groß-Berlins, die Lohnbewegung der Arbeiter in der Bürstenindustrie, mit allen Mitteln unterstützen.

Tarifabschluss für Handtuchfahrer.

Seit Anfang Februar d. J. haben die in den Groß-Berliner Handtuchfabriken beschäftigten Arbeiter und Fahrer in einer Lohnbewegung. Nach mehreren ergebnislosen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beschloß sich am 11. April 1919 das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz mit der Angelegenheit und kam nach mehrstündiger Sitzung zu nachstehendem Schiedsspruch: Anfangslohn 80 M., nach dreimonatlicher Tätigkeit 100 M. nach weiterer dreimonatlicher Tätigkeit 115 M., mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1919.

Die am 11. April stattgefundenen Brandenburger Versammlung der Handtuchfahrer gab ihre Zustimmung zu dem Spruch des Einigungsamtes.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle organisierten in den Groß-Berliner Handtuchfabriken tätigen Kollegen im Besitz einer braunen Legitimationskarte sind, welche laufend abgestempelt sein muß.

Die Brandenburger Versammlung der organisierten Handtuchfahrer Berlins.

Lohnbewegung im Buchhandel, Buch-, Druck-, Papier- und Zeitungsgewerbe. Donnerstag, den 11. April, abends 7 1/2 Uhr, im Börsensaal, Burgstraße 26, öffentliche Versammlung aller Angestellten und Handelsreisenden (Kaufleute, Bedier, Antiquar, Schaffner, Korbhändler, Feilen, Kuchler) sämtlicher Groß-Berliner Buch-, Kunst- und Musikalienhandlungen und Verlage, der Zeitungs-, Druck-, Buchdruck-, Buchbinderei-, Papierhandlungen usw. — Mittwoch, den 10. April, findet in den Wäldchen 10 Berlin, Blumenstr. 10 eine Besprechung der Ausschüsse (in Betrieben ohne Ausschüsse: der Vertrauensleute) der Angestellten und Handelsreisenden der genannten Betriebe statt.

Obste der 2. Johanna (Angestellte der Gemeinde- und gemeinwohlfahrtlichen Betriebe). Mittwoch, 10. April, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus Berlin, Zimmer 100, Besprechung wozu die Angestelltenausschüsse einen Vertreter entsenden wollen.

Kaufleute! Obste der Kleinverkaufergeschäfte mittleren und größeren Umfangs! Am Donnerstag, den 17. April 1919, abends 7 Uhr, findet in den Zelten 4 eine Versammlung der Obste der Kleinverkaufergeschäfte mittleren und größeren Umfangs statt. In dieser Gruppe rechnen alle Kleinverkaufergeschäfte soweit sie nicht Spezialgeschäfte oder Kaufhäuser sind. Johanna III des Generalausschusses der Angestellten von Groß-Berlin.

Einlasser, Raststätten und Reherkuren sämtlicher Verkehrsangelegenheiten Groß-Berlins. Versammlung am Mittwoch, 10. d. M., abends 6 Uhr, bei Wille, Schönhauserstr. 80. Tagesordnung: Bericht der Tarifkommission und Beschlußfassung, Deutscher Transportarbeiterverband.

Wahlmännerversammlung. Mittwoch, 10. April, vormittags, Schützenstraße 5, Hof II (Arbeiterbildungsstelle), findet der verlegte Wahlmännerversammlung statt, zu dem alle Genossen und Genossinnen, auch die, die es werden wollen, eingeladen sind. Da wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, ist vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Groß-Berlin.

Entlassung Auswärtiger.

Bei dem Demarkationsauschuss haben sich fortgesetzt die Gesuche von Auswärtigen um Befreiung von der Entlassungspflicht. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß solche Gesuche nur von dem Arbeitgeber gemeinschaftlich mit dem Angestellten, oder Arbeiterverein oder, soweit ein solcher nicht besteht, gemeinschaftlich mit der Mehrheit der Arbeitnehmern gestellt werden dürfen. Gesuche von Auswärtigen selbst sind daher unzulässig. Ferner sind diese Gesuche sehr nachprüfbar. Sie brauchen erst nach Ablauf der vom Arbeitgeber nach § 4 der Verordnung zu stellenden Frist, die dem Nachweis des Wohnortes in Groß-Berlin dient, gestellt zu werden. Die Entlassungspflicht ruht bis zur Beschlußfassung des Demarkationsauschusses über den Antrag.

Spandauer Stadtverordneten-Versammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Magistratsdirigent Stadtrat Dr. Wolsch Mitteilung, daß die unbeschäftigten Magistratsmitglieder zum 1. Juni ihre Mandate zur Befreiung stellen. Weiter lag eine Resolution der hiesigen Hilsarbeiter vor, die eine Aufbesserung ihrer Bezüge verlangten. Der Magistrat wurde ermächtigt, den Hilsarbeitern zu den Feiertagen einen Vorschub zu zahlen, alles weitere bleibt den weiteren Tarifverhandlungen überlassen. Die Beschlüsse der Hilsarbeiter wurde allgemein anerkannt. Ueber den Etat Gemeinlichkeits entpinn sich eine längere Debatte. Die Genossen Dabille (U. S.) und Simon (S. P.) wollen die Mittel, die dem Verein Kinder- und Jugendklub überwiesen werden sollen, nur dann bewilligen, wenn der Stadterwerb ein Mittelbestimmungsrecht über die Verwendung zugesichert wird. Der Etat wird mit einer dementsprechenden Entschädigung verabschiedet.

Die Beratung des Hauptplans wird von Stadtrat Weber I mit einer längeren Rede eingeleitet, aus der hervorgeht, daß die Finanzen der Stadt innerhalb Groß-Berlins nicht die sichersten sind. Als Berichterstatter spricht der Stadtrat Kramer (S. P.), der im allgemeinen bedauert, daß der Kommunalabgabengleich keine schärfere Forderung der bestehenden Klassen zuläßt. Im Stadtausschuss hat man sich von dem Gedanken leiten lassen, die Einnahmen bis zu 1500 M. frei zu lassen. Da aber für diese Höhe die technischen Schwierigkeiten zu groß sind, ist man den minderbemittelten Schichten entgegengekommen, die Zuschläge auf 200 Prozent festzusetzen. In der Besprechung traten die Genossen Partung (S. P.) und Aliehl (U. S. P.) die Wünsche ihrer Fraktionen zum Ausdruck. Hiernach gelangte der Hauptetat zur Verabschiedung.

Des weiteren hand dann noch die Vermehrung der Postbeamten um 55 auf der Tagesordnung und Bewilligung der dazu erforderlichen Summe von 150 000 M. Unsere Fraktion verweigerte die Mittel, weil nicht die Anstellungsbedingungen einer Reform unterzogen werden. Die Regierung ist zwar vom Magistrat aufgefordert worden, ihre Einwilligung zu der Veränderung der Anstellungsbedingungen zu geben, ein Beschluß ist aber noch nicht eingelaufen. Leider benutzte der Redner der Reichsozialisten, Hesse, die sonst sehr sachliche Debatte zu einigen Ausfällen im Parteisinn gegen die Unabhängigen. Diese Ausfälle des betreffenden Herrn, entschuldigen sich aber in Spandau von selbst durch seine bekannte chronische Aufgereiztheit. Nach einigen kleineren Vorklagen wird die Sitzung um 8 Uhr geschlossen.

Auf dem Zeppelinfeld erschossen hat sich in der Nacht zum Montag ein unbekannter junger Mann von 17 bis 18 Jahren. Man fand ihn tot auf einer Bank liegend. Ein Revolver, aus dem

Er ist eine Krone in die rechte Schläfe gesteckt hatte. Lag neben der Leiche. Der Unbekannte hatte blondes Haar und trug einen grauen Hut mit schwarzem Band, einen selbstgeordneten Hut, einen braunen Anzug und schwarze Schuhe. Nach dem Betreten des Körpers hat der Leiche an der englischen Krankheit gelitten. Die Leiche wurde beiseitegeschoben und nach dem Schauplatz gebracht.

Einbrecher im Arbeitsnachweis Zwanzigtausend Mark erbeuteten Einbrecher, die in der Nacht zum Montag den Arbeitsnachweis in der Hermannstraße heimsuchten. Die „Inodten“ das Geldbündel nach Art der gewerbmäßigen Spezialisten und stahlen daraus 20000 Mark bares Geld und auch noch für mehrere Mark Zinscheine von Wertpapieren. Das Geld war zur Auszahlung von Erwerbslosenunterstützungen bestimmt, von den Ämtern hat man noch keine Spur gefunden.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Berlin, Bezirk Südost, veranstaltet am Mittwoch, den 16. April 1919, eine Mitgliederversammlung im Louisenpark-Casino, Oranienstraße 150.

Cöpenick. Am Freitag, den 11. d. M. fand eine Stadtverordneten-Versammlung statt, die sich zunächst mit mehreren Eingängen beschäftigte, darunter ein Schreiben des Magistrats, welches sich nicht für befugt hält, den Antrag unserer Genossen über Auflösung der Magistrats an die Regierung weiterzugeben und infolgedessen diesen in der vorigen Sitzung angenommenen Antrag an die Stadtverordneten zurückzuziehen. Von unseren Genossen wurde diese, keineswegs dem Sinne der neuen Zeit angepasste Tat aufs schärfste kritisiert. Die Folgen für denartige Maßnahmen des „rückwärtigen“ Magistrats werden diese Herren bald verspüren. Der in früheren Jahren schriftlich vorgelegte Verwaltungsbericht wurde vom Bürgermeister dieses Kolonialstadt erstatlet, angeblich mit Rücksicht auf die herrschende Papierknappheit. Unsere Wünsche und Ausstellungen zu diesem Bericht wurden von den Genossen Kampe, Gortz, Küster und Kade in eingehender Weise beleuchtet. Unser Antrag, den 1. Mai und 9. November als Feiertage anzusehen, wurde angenommen, desgleichen betr. Entfernung von patriotischen Bildern, Wägen usw. aus öffentlichen Gebäuden sowie Straßenbenennungs-Veränderungen. Ein weiterer Antrag auf Errichtung einer Kunststiftung im Rathaus, wobei eine Besetzung durch den Kommunalrat befürwortet von uns gewünscht wurde, wurde in seinem ersten Teile angenommen. Gegen eine Besetzung dieses des Arbeiterrats wurde von den Bürgerlichen und den Rechtssozialisten Sturm gelaufen und von ihnen eine Ausschreibung der zu besetzenden Stelle beschlossen. Unsere Anträge auf Erleichterung einer öffentlichen Leihbibliothek und Ausstattung der öffentlichen Volkshochschule mit sozialpolitischer Literatur wurden angenommen. Ergänzungswahlen von zwei Vermietern zum Mietlingsrat wurden hierauf vorgenommen. Nach den bestehenden Bestimmungen müssen die Mitglieder der Reichsdeputation Grundbesitzer sein. Da nun in einer der früheren Sitzungen unser Genosse Schörrer gewählt wurde, welcher natürlich nicht Grundbesitzer ist, wurde die vorgesehene Neuwahl behufs einer Ergänzung der Reichsdeputation vertagt. Nachdem noch die Zustimmung zu einem Orisstatut betr. einer Polizeiverordnung erfolgt war, erfolgte Schluss der Sitzung gegen 10 1/2 Uhr.

Friedrichshagen. Vor der eigentlichen Sitzung fand Wahl eines Schöffen statt. Diese hatte das sehr sonderbare Ergebnis, daß der bekannte Rechtssozialist Dehler lediglich von den bürgerlichen Reaktionären gewählt wurde. Seine eigenen Parteigenossen beteiligten sich nicht an der Wahl, die Demokraten gaben weiße Stimmzettel ab, wir stimmten für Gen. Frenkel. Früher galt es nicht als Ehrentitel, der Vertrauensmann der Bürgerlichen zu sein. In der anschließenden, wiederum sehr ausgedehnten Sitzung gab Gen. Küster namens der Fraktion die Erklärung ab, daß wir in schärfster Obstruktion verharren würden, so lange die alten Schöffen am Posten liegen. Die Zwei, die in voriger Sitzung ihr Wort gegeben hatten, zurücktreten zu wollen, haben dies gebrochen, ermutigt durch den Bankrott der Rechtssozialisten und Demokraten. Beide Fraktionen erklärten sich nunmehr sehr und bekannnten sich schließlich zu dem von uns von vornherein und unbeirrbar eingenommenen Standpunkt, daß sämtliche Schöffen zurückzutreten haben. Hierauf wurde noch eingehender Aussprache die Auflösung und Neuwahl der Schuldeputation und des Kuratoriums der höheren Schulen beschlossen. In beiden Körperschaften sind wir durch Gen. Küster vertreten. Geistliche sollen ausgeschlossen sein. Die Aufhebung der dritten Vorklassifikation — ein erster Schritt zur Einheitschule — wurde von der bürgerlichen Mehrheit — Demokraten eingeschlossen — abgelehnt. Wogar die Pädagogen Krüger und Jänike stimmten dagegen. Dagegen herrschte Einstimmigkeit über die sofortige Lieferung sämtlicher Lehrmittel an die Volksschulen. Den wichtigsten Verhandlungsgegenstand bildete der Haushaltsplan für 1919. Gen. Schwant wies in eingehender Kritik nach, welche ungeheuerlichen Mängel der Etat enthält. Um die gegenwärtige Wirtschaft all der früheren Jahre zu vermeiden, hat die frühere Gemeindevertretung, einschließlich der — immer noch — amtierenden Schöffen, zu den unzulässigsten Mitteln gegriffen. Durchgängig sind die Vermögensgegenstände zu hoch eingeschätzt; das Straßenpflaster, die Straßendämme und die nur noch andeutungsweise vorhandenen Gartenanlagen sind als Mißposten aufgeführt, um nur ein Beispiel zu nennen. In Wirklichkeit überwiegen die 19 Millionen Schulden weit den Vermögensbestand. Zu ähnlichen gedachten Kunststücken hat man gegriffen, um Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Wie verrottet die Verhältnisse am Orte sind, beweist die Tatsache, daß Schuldenrückstellungen teilweise angelegt worden sind und zu Anleiheverzinsungen (1) Anleihen aufgenommen werden sollen. Einnahmeposten sind weit höher veranschlagt, als sie demnächstigerweise erwartet werden können. Und bei alledem sollen nur 200 Prozent Steuerzuschlag erhoben werden. Wichtige, unausschiebbare Aufgaben sind einfach unter den Tisch gefahren. Auf diese Aufgaben ging dann Gen. Pinsele noch näher ein. Eine gleiche vernichtende Kritik wurde auch von den Rechtssozialisten und Demokraten geübt. Einstimmigkeit bestand darüber, daß der Etat völlig umgestaltet, der Steuerfuß auf 200 Prozent, die Grundsteuer auf mindestens sechs bzw. 12 Prozent und die Kleinsteuer um ein Vielfaches erhöht werden müsse. Eine besondere Kommission, der die Genossen Pinsele und Schwant angehören, erhielt den dornenvollen Auftrag, den Gemeindehaushalt auf eine reelle, gesunde Basis zu stellen.

als Ehrentitel, der Vertrauensmann der Bürgerlichen zu sein. In der anschließenden, wiederum sehr ausgedehnten Sitzung gab Gen. Küster namens der Fraktion die Erklärung ab, daß wir in schärfster Obstruktion verharren würden, so lange die alten Schöffen am Posten liegen. Die Zwei, die in voriger Sitzung ihr Wort gegeben hatten, zurücktreten zu wollen, haben dies gebrochen, ermutigt durch den Bankrott der Rechtssozialisten und Demokraten. Beide Fraktionen erklärten sich nunmehr sehr und bekannnten sich schließlich zu dem von uns von vornherein und unbeirrbar eingenommenen Standpunkt, daß sämtliche Schöffen zurückzutreten haben. Hierauf wurde noch eingehender Aussprache die Auflösung und Neuwahl der Schuldeputation und des Kuratoriums der höheren Schulen beschlossen. In beiden Körperschaften sind wir durch Gen. Küster vertreten. Geistliche sollen ausgeschlossen sein. Die Aufhebung der dritten Vorklassifikation — ein erster Schritt zur Einheitschule — wurde von der bürgerlichen Mehrheit — Demokraten eingeschlossen — abgelehnt. Wogar die Pädagogen Krüger und Jänike stimmten dagegen. Dagegen herrschte Einstimmigkeit über die sofortige Lieferung sämtlicher Lehrmittel an die Volksschulen. Den wichtigsten Verhandlungsgegenstand bildete der Haushaltsplan für 1919. Gen. Schwant wies in eingehender Kritik nach, welche ungeheuerlichen Mängel der Etat enthält. Um die gegenwärtige Wirtschaft all der früheren Jahre zu vermeiden, hat die frühere Gemeindevertretung, einschließlich der — immer noch — amtierenden Schöffen, zu den unzulässigsten Mitteln gegriffen. Durchgängig sind die Vermögensgegenstände zu hoch eingeschätzt; das Straßenpflaster, die Straßendämme und die nur noch andeutungsweise vorhandenen Gartenanlagen sind als Mißposten aufgeführt, um nur ein Beispiel zu nennen. In Wirklichkeit überwiegen die 19 Millionen Schulden weit den Vermögensbestand. Zu ähnlichen gedachten Kunststücken hat man gegriffen, um Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Wie verrottet die Verhältnisse am Orte sind, beweist die Tatsache, daß Schuldenrückstellungen teilweise angelegt worden sind und zu Anleiheverzinsungen (1) Anleihen aufgenommen werden sollen. Einnahmeposten sind weit höher veranschlagt, als sie demnächstigerweise erwartet werden können. Und bei alledem sollen nur 200 Prozent Steuerzuschlag erhoben werden. Wichtige, unausschiebbare Aufgaben sind einfach unter den Tisch gefahren. Auf diese Aufgaben ging dann Gen. Pinsele noch näher ein. Eine gleiche vernichtende Kritik wurde auch von den Rechtssozialisten und Demokraten geübt. Einstimmigkeit bestand darüber, daß der Etat völlig umgestaltet, der Steuerfuß auf 200 Prozent, die Grundsteuer auf mindestens sechs bzw. 12 Prozent und die Kleinsteuer um ein Vielfaches erhöht werden müsse. Eine besondere Kommission, der die Genossen Pinsele und Schwant angehören, erhielt den dornenvollen Auftrag, den Gemeindehaushalt auf eine reelle, gesunde Basis zu stellen.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Auf den Abschnitt 3 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin entfallen 150 Gramm Granen, auf die Abschnitte 21 und 22 für Jugendliche 100 und 150 Gramm, zusammen 250 Gramm, Haferflocken. Die Abschnitte sind in der Zeit vom 15. April bis zum 17. April in den Kleinhandlungsgeschäften abzugeben. Hennigsdorf. Am Donnerstag, den 17. April, gelangen zur Ausgabe auf Lebensmittelkarte 55 650 Gramm Haferflocken und auf 86 170 Gramm Roggelmehl.

Aus den Organisationen.

Teltow-Beeslow-Storkow.

Streikvorstand-Sitzung: Donnerstag, den 17. April, abends 7 Uhr. — Kommunalratssitzung: beide Häuser, hiesige öffentliche Sitzung, Donnerstag, den 17. April, abends 7 Uhr. — Beide Sitzungen Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstraße 1.

Sechster Kreis, 12. und 15. Abteilung, Mittwoch, abends 7 Uhr, Extra-Zahlabend der beiden Abteilungen des bekannten Lokals.

Welfensee, Mittwoch, 16. d. M., abends 7 Uhr, in der Real-Gymnasiums, Böhm-Promenade, außerordentliche Raterversammlung, Tagesordnung: Bericht der Parteikommission; Bericht der Fraktion; Bericht der Kommission usw.

Cöpenick, Mittwoch abends 8 Uhr Zahlabend Domnarrenhof, Bahnhofstr. 44. Mittwoch, auch, hier Nacht 8 Uhr: Zehler, Müggelheimerstr. 29. Köllnische Verkehr: Grünauer Straße 7. — Bericht von der Generalversammlung in Berlin.

Reinickendorfer-Bez. Mittwoch, 6 1/2 Uhr, in der Kule der Realschule, August-Dickhoff-Str. 7, Mitgliederversammlung, glibedub, Karte oder Aufnahmequittung legitimiert. Der Reinerickendorfer-Bez. Mittwoch, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung, 1. Abteilung bei Gabon, Residenzstr. 124; 2. Abteilung bei Bach (Kastanienwäldchen), Residenzstr. 100; 3. Abteilung III. Gemeindefürsorge, Bankamer Altes gegenüber dem Stadthaus; 4. Abteilung im Schönholzer Trost, Bahnhof Schönholzer. Die gegenwärtige politische Lage.

Strosau, Mittwoch, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung Otto Steiniche, Alt-Strosau 5. Genosse Hermann Ritter, spricht über die politische Lage. — Die diesjährige Generalversammlung findet am 7. Mai statt.

Zeuthen, Mierdorf, (U. S. V. D.) Zahlabend Mittwoch 7 1/2 Uhr, im Lokal von Paul Engel, Zeuthen. Treetow-Schuldenweg, Mittwoch abends, pünktlich 7 Uhr Lokal von Kubel, Generalversammlung des Wohlvereins, wichtige Tagesordnung.

Wiesbaden, Sonntag, den 20. April, in der Turnhalle, Schulstraße, Frühjahrsfeier unter Mitwirkung hiesiger Kameraden Dr. Schwabe, Eintrittspreis 1 Mark, Jugendliche 50 Cent, Saalöffnung 6 1/2 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr.

Teile Jugend Wiesbaden, Dienstag abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Teile Jugend Wiesbaden, Mittwoch abends, 6 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder in der Schulstraße. Desgleichen treffen sich daselbst die Mitglieder des Jugendvereins der U. S. V. nachs. Einführung.

Bücher des Frohsinns

Die auserlesensten Romane des berühmten ungarischen Schriftstellers

Maurus Jokai

Band 1: Die Komödianten des Lebens.
Band 2: Was der Totenkopf erzählt.
Band 3: Geliebt bis zum Schloß.
Band 4: Schwarze Diamanten.
Band 5: Die weiße Rose.
Band 6: Schwarzes Blut.

Jeder Band in sich abgeschlossen. Preis pro Band gebunden 4.50 Mk.

Die nicht lieben dürfen
von Hans Erich Tschirner.
Geb. M. 5.—, vornehm geb. M. 7.50.

Die Geheimnisse von Paris
von Eugen Sue
3 Bände. Vornehm in Leinen geb. Zusammen M. 12.—.

Die drolligen Geschichten des Herrn v. Balzac
reich illustriert. Ein Wanderwerk prickelnder Komik.
Gebettet Mark 13.—, vornehm gebunden Mark 16.50.

Glanz und Elend der Kurtianen
von Balzac. Der gewaltige Roman enthält alles, was ein Menschenleben an Gefühlen bergen kann.
Gebettet Mark 13.—, vornehm gebunden Mark 16.50.

Blinde Liebe
v. Richard Dehmel mit wundervollen Illustrationen von Hadank
Vornehm gebunden Mark 5.50.

Mutter
Ein Mittelnachtsroman von C. v. Engelhorn.
packendes Bild aus dem Leben. Vornehm gebunden Mark 12.—, geheftet Mark 8.—.

Die Hochzeitsreise
von Charles des Cortez. Himmelhochjauchend zu Tode betrübt. Vornehm gebunden Mark 6.—.

Zu bestellen durch:
Vogler & Co., Berlin W 9,
Köthener Straße 27 (Nähe Potsdamer Platz)
Abteilung 5.

Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT“ e. G. m. b. H.

Am Donnerstag, den 1. Mai 1919 erscheint erstmalig in unserem Verlage:

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift d. Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Preis der Einzelnummer 20 Pig. + Abonnement: viertel, 2.50 M.

Das erste Heft erscheint als **Maifest-Nummer**

Bestellungen durch den Buchhandel und die Organisationen erbitten wir sofort an die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin, Schiffbauerdamm 19

Botenfrauen

werden noch in nachstehenden Expeditionen eingestellt:

Berlin:
Kocher, in der Händelsstr. 2.
Gendel, Köpenick, 12.
Kocher, in der Händelsstr. 2.
Gendel, Köpenick, 12.
Gendel, Köpenick, 12.
Gendel, Köpenick, 12.
Gendel, Köpenick, 12.
Gendel, Köpenick, 12.

Charlottenburg:
Gendel, Köpenick, 12.

Nieder-Schöneweide:
Gendel, Köpenick, 12.

Steglitz:
Gendel, Köpenick, 12.

Wilmersdorf:
Gendel, Köpenick, 12.

Spandau:
Gendel, Köpenick, 12.

Schöneberg:
Gendel, Köpenick, 12.

Potsdam.
Unsere Spottles Potsdam basieren sich bei Dolzow, Kaiser-Wilhelmstr. 20. Die Zeitung wird zweimal durch Botenfrauen ins Haus gebracht. Wir bitten alle Post-Abonnenten, die Zeitung nicht mehr bei der Post, sondern bei dem genannten Spottles direkt zu bestellen.
Verlag „Freiheit“, e. G. m. b. H.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungszentrale Berlin.

Mechanik

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen der Dreher

Wilhelm Märker,
Schöneberg, Hohenzollernstraße 23, am 16. d. M. und der Schleier

August Milde,
Friedrichstraße 46, am 16. d. M., gestorben sind.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Der Sozialist.

Früher Sozialistische Auslandspolizei.
Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift.

Herausgegeben von **Dr. Rud. Breitscheid.**

Unter ständiger Mitwirkung von **H. Bloch, H. Haase, K. Kauley, R. Stein, H. Seibel u. a.**

Abonnements vierteljährlich 3 RM. Einzelnummer 30 Pf. Bestellungen sind entgegenzunehmen bei der nächsten Poststation, bei den Spottles der Zeitung, oder in der Haupt-Expedition derselben, Berlin W 9, Schiffbauerdamm 19 IV.

Berlin- und Amateurphotographen!
Photographische Aufnahmen von den Revolutionären gegen Beschimpfung gesucht. Angebote, ev. mit Abzug, welche mitgeteilt werden, an die Expedition der „Freiheit“ Schiffbauerdamm 19, oder „F. F.“ 1919.

Jeder Sozialist...
Kraftvolle...
M. 1.50...
A. E. B...
Kupfer...
Kabel...
die höchsten...
Preis...
Teilen...
Verkauf...
2...
K...
Man...
Auswahl...
Neu...
Georg...
Man...
K...
An...
pen...
Wim...
L...
Die...
S...
an...
A...
F...
B...